

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT
JAHRESBERICHT 2015
LANDESKRIMINALAMT BADEN-WÜRTTEMBERG

PMK



fotolia.com

Der Anführer eines großen Heeres kann besiegt werden.
Aber den festen Entschluss eines Einzigen kannst du nicht
wankend machen.

(Konfuzius)

(...) Die in den vergangenen Jahren bereits mit Sorge beobachteten Zahlen der deutschen jihadistischen Unterstützerszene und die Reisebewegungen in die arabischen Krisengebiete erfahren seit den Erfolgen des sog. Islamischen Staates einen rasanten Anstieg. Gleiches gilt für Rückkehrer, die – zum Teil paramilitärisch geschult, weiter radikalisiert und durch Kampferfahrungen verroht – nach ihrer Rückkehr eine kaum kalkulierbare, langfristige Gefahr darstellen können. (...)

Quelle: Bundeskriminalamt, Auszug aus der Lage islamistischer Terrorismus

TENDENZEN



	2014	2015	IN %	
PMK GESAMT	2.136	2.822	+ 32,1	↗
PMK AUSLÄNDER	216	296	+ 37,0	↗
PMK RECHTS	889	1.604	+ 80,4	↗
PMK LINKS	593	660	+ 11,3	↗
PMK NICHT ZUZUORDNEN	438	262	- 40,2	↘

SYRIENKONFLIKT PRÄGT AUCH DIE SICHERHEITSLAGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

STARKER ANSTIEG DER RECHTSMOTIVIERTEN STRAFTATEN IM KONTEXT DER ZUWANDERUNG.

ZAHLREICHE ANGRIFFE AUF ASYLUNTERKÜNFTE BIS HIN ZU BRANDSTIFTUNGEN.

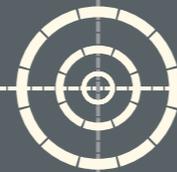
BEI DEMONSTRATIONEN ANSTIEG DER LINKSMOTIVIERTEN GEWALTTATEN AUCH GEGEN POLIZEIBEAMTE.

ZUNAHME DEMONSTRATIVER AKTIONEN VON PKK-SYMPATHISANTEN.



POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT JAHRESBERICHT 2015			
1	STRAFTATENENTWICKLUNG	08	==
	ISLAMISTISCHER TERRORISMUS	12	==
2	Lage	14	
	Experteninterview	17	
3	AUSLÄNDERKRIMINALITÄT	22	==
	Lage	24	
4	PKK–Arbeiterpartei Kurdistans	25	
	Initiative „Polizei und Muslime“ – Förderung vertrauensbildender Maßnahmen	26	
5	Präventionsmaßnahmen	27	
	PMK RECHTS	28	==
6	Organisation	31	
	BIG Rex	33	
7	PMK LINKS	36	==
	Organisation	38	
8	PMK NICHT ZUZUORDNEN	40	==
	Islamkritische Bewegung PEGIDA	43	
9	Bauprojekt Stuttgart 21	44	
	Landtagswahl 2016	45	
10	FALLZAHLEN IM ZEHNJAHRESVERGLEICH	46	==
	Zehnjahresvergleich Fallzahlen PMK	48	
11	Zehnjahresvergleich Gewaltdelikte PMK	48	

STRAFTATENENTWICKLUNG



FALLZAHLEN PMK 2015

2.822 Fallzahlen gesamt

296 PMK Ausländer

74 Islamismus

1.604 PMK Rechts

607 fremdenfeindlich motivierte Straftaten

106 antisemitische Straftaten

660 PMK Links 262 PMK Nicht zuzuordnen

1.179 aufgeklärte Fälle

318 Gewaltdelikte gesamt

41,8% Aufklärungsquote

1

STRAFTATENENTWICKLUNG

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) sind im Berichtsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 2.136 auf 2.822 Straftaten (+ 32,1 %) gestiegen. Sie liegen damit über dem Zehnjahresmittelwert von 2.262 Straftaten.

Die Zunahme der Fallzahlen ist Anstiegen bei der politisch motivierten Ausländerkriminalität von 216 auf 296 Straftaten, bei der PMK Links von 593 auf 660 Straftaten und insbesondere der annähernden Verdoppelung der Fallzahlen im Bereich der PMK Rechts von 889 auf 1.604 Straftaten geschuldet.

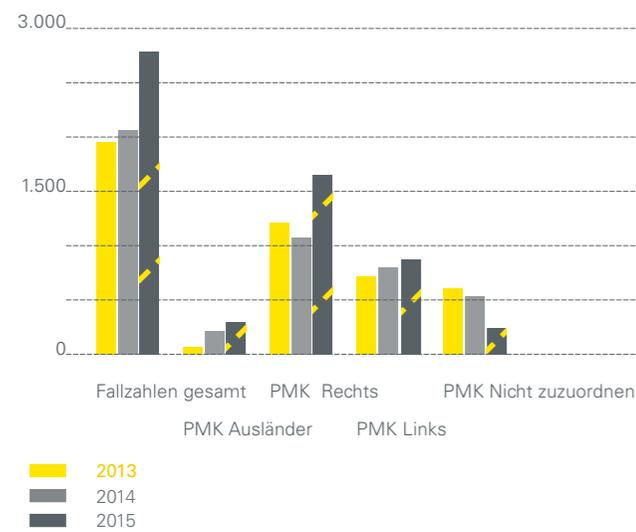
Die Straftaten, die keinem PMK-Bereich explizit zugeordnet werden können (PMK Nicht zuzuordnen), sind von 438 auf 262 Straftaten rückläufig.

Im Jahr 2015 wurden mit einem Anstieg von 156 auf 318 Straftaten (+ 103,8 %) ebenfalls deutlich mehr politisch motivierte Gewaltdelikte registriert. Der Zehnjahresmittelwert liegt bei 210 Straftaten.

Die Aufklärungsquote konnte um rund 6 %-Punkte auf 41,8 % (35,9 %)¹ erhöht werden. Bei den Gewaltdelikten beträgt sie 61,3 % (66,7 %).

01

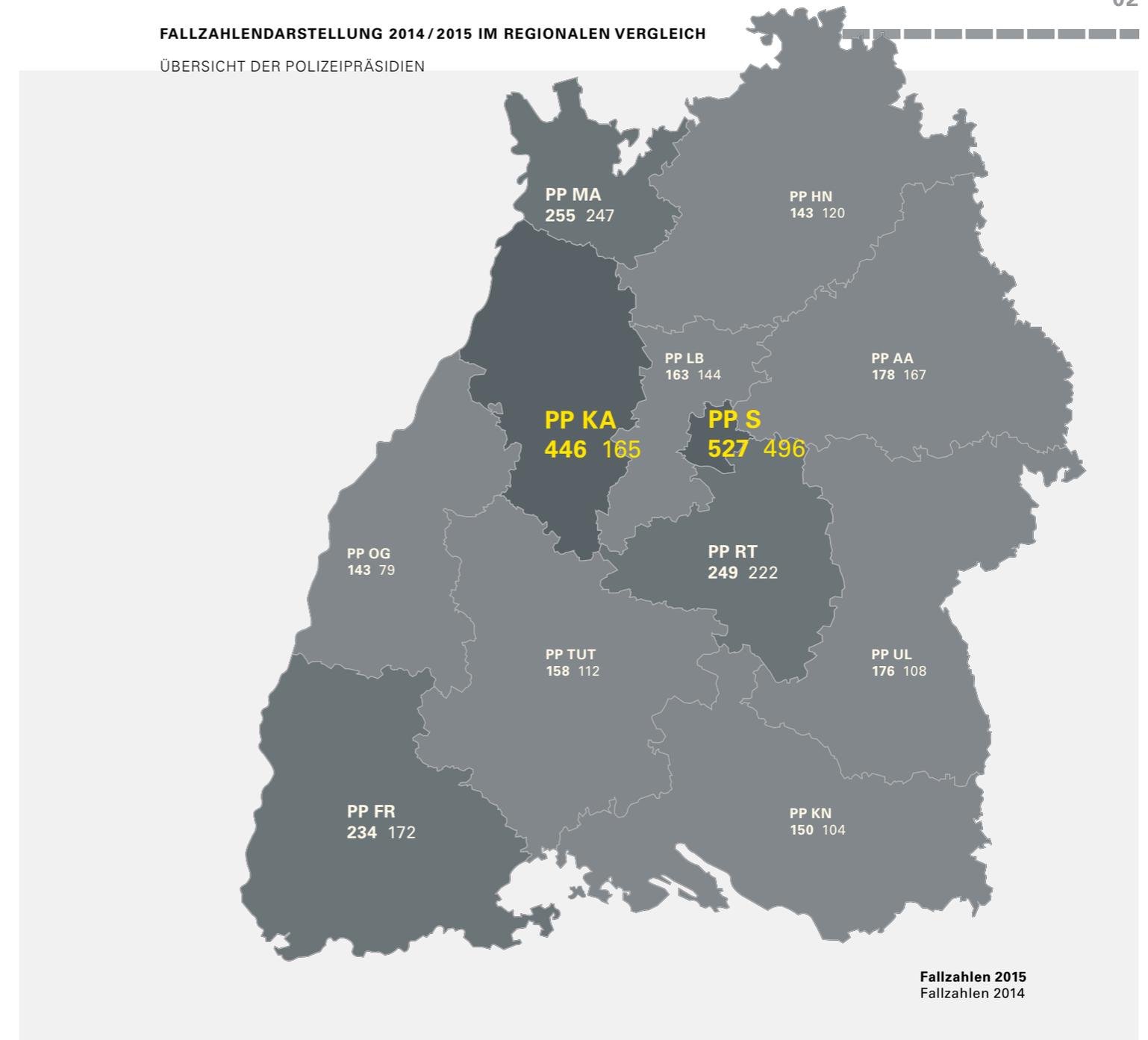
FALLZAHLEN PMK



¹ Vorjahreszahlen in Klammern

FALLZAHLENDARSTELLUNG 2014/2015 IM REGIONALEN VERGLEICH

ÜBERSICHT DER POLIZEIPRÄSIDIEN



Fallzahlen 2015
Fallzahlen 2014

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS



2

LKA BW

foto11a.com

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS

LAGE

Am 7. Januar 2015 drangen zwei bewaffnete Täter in die Redaktionsräume des Satiremagazins Charlie Hebdo in Paris ein und töteten dort und auf der Flucht insgesamt zwölf Menschen. Mehrere Personen wurden bei dem terroristischen Anschlag zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Am 8. Januar 2015 tötete ein Mann am südlichen Stadtrand von Paris auf offener Straße eine Polizistin und verletzte einen Polizisten schwer. Am Tage darauf griff dieser Täter ein jüdisches Lebensmittelgeschäft im Osten der Stadt an und tötete weitere vier Menschen. Die anderen Personen in dem Geschäft nahm er als Geiseln. Bei der Befreiung kam der Angreifer ums Leben. Ende des Jahres, am 13. November 2015, kam es in Paris zu mehreren, nahezu zeitgleich ausgeführten Terroranschlägen, unter anderem an und in der Konzerthalle Le Bataclan sowie vor dem Stade de France, wo gerade ein Fußballspiel zwischen der französischen und deutschen Nationalmannschaft im Gange war. Bei dem Terrorakt kamen über 130 Menschen zu Tode, mehr als 350 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Unter den Todesopfern befanden sich auch zwei deutsche Staatsangehörige. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) bekannte sich im Internet zu den Anschlägen.

Auch das öffentliche Leben in Deutschland wurde 2015 stark durch den islamistischen Terrorismus beeinflusst. Am 17. November 2015, vier Tage nach den verheerenden Anschlägen in Frankreich, wurde das Fußballländerspiel zwischen Deutschland und den Niederlanden in Hannover aus Sicherheitsbedenken abgesagt. An Silvester wurde der Hauptbahnhof München und der Bahnhof Pasing nach mehreren Anschlagshinweisen vorübergehend geräumt.

Nach Einschätzung des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (LKA BW) ist im Jahr 2016 mit einer weiteren Verschärfung der Lage zu rechnen, was durch den versuchten Anschlag auf eine Polizeistation des 18. Arrondissements in Paris (Frankreich) am 7. Januar 2016, den Angriff auf ein Hotel in Hurghada (Ägypten) am 8. Januar 2016, den Selbstmordanschlag in Istanbul (Türkei) am 12. Januar 2016, den Anschlag in Jakarta (Indonesien) am 14. Januar 2016 und den Anschlägen in Brüssel (Belgien) am 22. März 2016 deutlich wird.



IS-Kämpfer

50

Islamisten aus BW reisten in Kampfgebiete aus.

LAGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Syrien- beziehungsweise der Irak-Konflikt stellt seit Beginn des Aufstandes gegen das syrische Regime von Bashar al-Assad im März 2011 und der Ausrufung des sogenannten Islamischen Staates im Juni 2014 auch in Baden-Württemberg den Schwerpunkt im Phänomenbereich Islamismus dar.

Die schon in den vergangenen Jahren mit Sorge beobachtete Größe der deut-

schen jihadistischen Unterstützerszene und deren Reisen in die Krisengebiete des Nahen und Mittleren Ostens steigen seit den Erfolgen des IS rasant an. Gleiches gilt für Rückkehrer, die – zum Teil paramilitärisch geschult und weiter radikalisiert – eine kaum kalkulierbare langfristige Gefahr darstellen können.

Derzeit liegen den Sicherheitsbehörden Erkenntnisse zu mehr als 800 deutschen Islamisten beziehungsweise Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung

Syrien und Irak gereist sind. Aus Baden-Württemberg werden rund 50 Islamisten gezählt, die in diese Kampfgebiete ausgereist sind, um dort für jihadistische Gruppierungen zu kämpfen oder diese anderweitig zu unterstützen.

Ein Teil dieser Islamisten ist wieder nach Baden-Württemberg zurückgekehrt. Bei einigen gibt es Hinweise, dass sie an Kampfhandlungen teilgenommen haben.

Rund zehn Personen des islamistischen Spektrums sind bei Kämpfen oder Selbstmordattentaten ums Leben gekommen. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2015 insgesamt 74 Strafverfahren (47 dem Themenfeld Islamismus zugeordnet.

Von diesen Straftaten stehen 42 im Zusammenhang mit dem IS. Das LKA BW hat im Berichtsjahr unter anderem 8 Ermittlungsverfahren nach §§ 129 a, b Strafgesetzbuch (StGB) (Kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland), 14 Verfahren nach §§ 89 a und b

StGB (Vorbereitung beziehungsweise Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) sowie 3 Verfahren nach dem in diesem Jahr geschaffenen § 89 c StGB (Terrorismusfinanzierung) bearbeitet.

„Deutschland ist durch die Unterstützung von Gegnern des IS zum Ziel jihadistischer Kreise geworden.“

„Man kann die Brutalität des IS insbesondere daran festmachen, wie er mit den Schiiten und vor allem mit den Jesiden umgeht.“

Islamwissenschaftler Erik Petersen, LKA BW



Krisenregion Naher Osten, Quelle LKA BW

EXPERTENINTERVIEW

mit Kriminaloberrat Alexander Stalder, Leiter der Inspektion Politisch motivierte Ausländerkriminalität/Islamismus

HERR STALDER, IMMER MEHR JUNGE MENSCHEN REISEN IN DIE KRISENGEBIETE NACH SYRIEN UND IN DEN IRAK, UM SICH DEM IS ODER ANDEREN TERRORORGANISATIONEN ANZUSCHLIESSEN. WIE VERHÄLT SICH DIES IN BADEN-WÜRTTEMBERG?



Alexander Stalder,
LKA BW

Nach unseren Informationen sind rund 50 Personen der islamistischen Szene aus Baden-Württemberg in diese Gebiete ausgereist. Wir stellen in diesem Zusammenhang auch eine verstärkte Ausreise junger Frauen fest, die ihre Ehemänner begleiten oder selbst aktiv Terrorgruppen wie den IS unterstützen wollen.

WIE IST DIESE ENTWICKLUNG ZU ERKLÄREN?

Hierfür gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Der religiöse Fanatismus dieser Personen spielt sicher eine große Rolle. In der Regel handelt es sich hierbei um Anhänger der salafistischen Glaubensausprägung im Islam. Viele der Personen ziehen nach Syrien oder in den Irak, weil sie glauben, dass sie

dort den reinen Islam leben können. Diese Meinung hat sich insbesondere nach Ausrufung des Kalifats durch den IS-Führer Al-Baghdadi noch verfestigt. Wir stellen aber auch fest, dass insbesondere bei jungen Männern eine gewisse Abenteuerlust eine Rolle spielt. Sehr häufig kehren diese Personen aufgrund der verheerenden Zustände und Erfahrungen im Kriegsgebiet desillusioniert zurück. Diese Rückkehrer beschäftigen uns in besonderem Maße.

WARUM GEHT VON DIESEN RÜCKKEHRERN EINE DERART GROSSE GEFAHR AUS?

Grundsätzlich muss man bei Personen, die an Kampfhandlungen teilgenommen haben, davon ausgehen, dass diese ein terroristisches Ausbildungslager durchlaufen haben und damit im Umgang mit Sprengstoff und Waffen geschult wurden. Durch die furchtbaren Erfahrungen und Erlebnisse im Krisengebiet ist ein großer Teil dieser Personen traumatisiert. Bei Personen, die aktiv an Kampfhandlungen involviert waren, kann sicher auch von einer gewissen Verrohung ausgegangen werden. Ferner liegen uns auch Erkenntnisse vor, dass Personen vor ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer von den Terrororganisationen mit konkreten operativen Aufträgen ausgestattet werden, die sie nach der Rückkehr umsetzen sollen – dies ist ein wesentliches gefahrenerhöhendes Moment und ein nur schwer kalkulierbares Risiko.

WELCHE MASSNAHMEN TRIFFT DAS LKA BW IN DIESEM ZUSAMMENHANG?

Die größte Herausforderung ist es, unsere Erkenntnislage ständig aktuell zu halten und zu verbessern. Dies geschieht insbesondere durch die offensive Prüfung der Einleitung von präventiven oder repressiven Ermittlungsverfahren. Zur Bekämpfungsphilosophie des LKA BW gehört insbesondere die Verhinderung von Ausreisen dieser Personen durch das Treffen geeigneter Maßnahmen. Bei deutschen Staatsbürgern kommt hier hauptsächlich die Entziehung der Reisedokumente in Betracht. Bei ausländischen Staatsbürgern bietet das Aufenthaltsgesetz Möglichkeiten der Ausreiseverhinderung. Des Weiteren werden in geeigneten Fällen Maßnahmen zur Prävention beziehungsweise Deradikalisierung geprüft.

HABEN SIE DIE SORGE, DASS AUFGRUND DER ZUWANDERUNG IS-KÄMPFER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN KÖNNTEN?

Die Zuwanderung ist sicherlich aktuell und künftig die größte Herausforderung sowohl für unsere Gesellschaft als auch für die Sicherheitsbehörden. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen, die Flüchtlingssituation unmittelbar mit der Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus zu verknüpfen. Dennoch gilt es wachsam zu sein und entsprechenden Hinweisen nachzugehen.

In den meisten Fällen hat sich ein terroristischer Hintergrund bislang nicht bestätigt. In Einzelfällen wurden allerdings Ermittlungsverfahren nach

dem Völkerstrafgesetzbuch eingeleitet. Außerdem konnte ein von den spanischen Sicherheitsbehörden gesuchter Terrorverdächtiger in einer Asylbewerberunterkunft lokalisiert und festgenommen werden.

DIE MEDIEN BERICHTEN MOMENTAN NAHEZU AUSSCHLIESSLICH ÜBER TERRORISTISCHE AKTIVITÄTEN DURCH DEN IS. WIE SEHEN SIE DIE AKTUELLE ROLLE VON AL QAIDA?

Es ist derzeit tatsächlich so, dass der Islamische Staat der Terrororganisation Al Qaida in nahezu allen Belangen überlegen ist. Das soll aber nicht heißen, dass deshalb keine Gefahr mehr von Al Qaida ausgeht – im Gegenteil. Ich bin davon überzeugt, dass Al Qaida ihre ehemalige Vormachtstellung wieder erlangen will. Dies kann sie insbesondere durch die Begehung von herausragenden Anschlägen erreichen. Insofern stellt die derzeitige Konkurrenzsituation der beiden Terrororganisationen einen zusätzlichen Gefahrenaspekt dar.



CHATVERLAUF ZWISCHEN ZWEI JUNGEN FRAUEN. A IST BEREITS IN SYRIEN UND WILL, DASS B IHR FOLGT.

Aus einem Ermittlungsverfahren
aus dem Jahr 2014

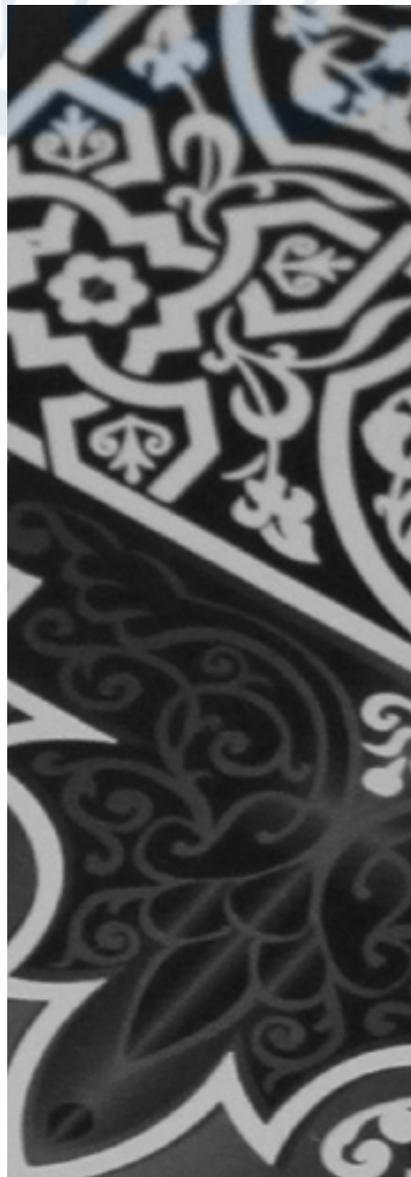
Chatverlauf 1

- A: „Geh nicht soviel raus und lass dir nix anmerken“
B: „Ja inshaa Allah.“
A: „Sei nett zu den kuffar in der Schule. Und lösche die Nachrichten.“
B: „Okay haha.“
A: „In der Schule trotz so tun als würdest du lernen und so. Erzähl deinen Freunden du willst dies und das machen. Halt voll dunja und kuffar mäßig.“
B: „Hahaha jaa. Ich will kindergärtnerin werden.“

Chatverlauf 2

- B: „Was ist falsch daran wie isis sharia einführt?“
A: „Es gibt keine Fehler sie machen genau das was sein muss.“
B: „Ich könnt grad weinen. Will hier endlich weg. Ich hab so ein Gefühl. So. Gefangen zu sein.“

 **INNENMINISTERIUM STÖSST DURCHSUCHUNGEN BEI MOSCHEEVEREIN IN STUTTGART-BOTNANG AN**



Im Zuge eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens sind am 17. März 2015 die Räumlichkeiten des Vereins Islamisches Bildungs- und Kulturzentrum Mesdschid Sahabe e.V. in Stuttgart-Botnang sowie sechs Wohnobjekte von Vereinsmitgliedern durchsucht worden. Dabei waren rund 70 Polizeibeamte des Landes im Einsatz, die von Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz unterstützt wurden. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte zuvor entsprechende Durchsuchungsanträge genehmigt.

„Es besteht der konkrete Verdacht, dass der Verein Verbotsgünde nach dem Vereinsgesetz erfüllt, in dem er Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung religiöser Belange unterstützt und mit dem sogenannten Islamischen Staat eine Vereinigung außerhalb des Bundesgebiets unterstützt, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen“, begründete Innenminister Reinhold Gall das Vorgehen.

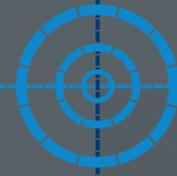
*Pressemitteilung des Innenministeriums
Baden-Württemberg*

Bei dem Islamischen Bildungs- und Kulturzentrum Mesdschid Sahabe e.V. handele es sich um eine von Salafisten dominierte Einrichtung, die in erster Linie von Islamisten des Westbalkans besucht werde. Der Verein könne als Treffpunkt von Islamisten aus ganz Baden-Württemberg bezeichnet werden. Seit dem Jahr 2013 seien sechs Personen aus dem Umfeld des Vereins in Richtung Syrien ausgewandert, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Ferner lägen zu drei dieser Personen Hinweise vor, dass sie inzwischen in Syrien verstorben seien. Bei weiteren Personen aus dem Umfeld des Vereins sei die Ausreise nach Syrien durch die Sicherheitsbehörden verhindert worden.

„Die zahlreichen Ausreisen beziehungsweise Ausreiseversuche in Richtung Syrien aus dem Umfeld des Moscheevereins deuten auf eine entsprechende Einflussnahme des Vereins auf seine Besucher hin“, unterstrich der Minister. „Wir haben den Verein bereits seit längerer Zeit im Blick. Allerdings haben sich die Verdachtsmomente mit Blick auf das Vereinsgesetz erst jüngst verdichtet.“

Zweck eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens sei es, zu klären, ob ausreichende Anhaltspunkte für ein Vereinsverbot vorlägen. „Mit den eingeleiteten Maßnahmen stellen wir erneut unsere Entschlossenheit im Kampf gegen den gewaltbereiten Islamismus unter Beweis. Sie sind auch ein Beleg für die hervorragende Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei, die ihre jeweiligen Erkenntnisse zur Verfügung gestellt haben“, lobte der Innenminister.

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT



3



LKA BW

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

Bei der politisch motivierten Ausländerkriminalität stiegen die Fallzahlen von 216 auf 296 Delikte.

Bei den Gewaltdelikten ist ein deutlicher Anstieg von 24 auf 75 Straftaten festzustellen.

Anstieg der Gewaltdelikte von **24** auf **75**

Den größten Teil der Straftaten machen 64 Sachbeschädigungen (§§ 303 ff. StGB), 59 Körperverletzungsdelikte (§§ 223 ff. StGB), Verstöße gegen das Vereinsgesetz (39 Fälle) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (31 Fälle) aus.

Die gestiegenen Fallzahlen stehen zumeist im Zusammenhang mit Ereignissen in den Krisenregionen Syrien, Irak und der Türkei. Davon wurde ein Großteil der Straftaten von Anhängern der ver-

botenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und ihren Nachfolgeorganisationen begangen. Insgesamt 158 Straftaten ereigneten sich vor dem Hintergrund des Türkei-Kurden-Konflikts. Hervorzuheben sind zwei Brandstiftungen im Dezember 2015 in Stuttgart und Möglingen, die sich gegen türkische Vereine richteten. Von den 75 registrierten

Gewaltdelikten sind 45 Straftaten auf Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen Türken und separatistischen Kurden zurückzuführen.

Regionaler Brennpunkt ist weiterhin die Landeshauptstadt Stuttgart.

Die Aufklärungsquote beträgt in diesem Deliktsbereich 53,7 % (54,6 %), bei den Gewaltdelikten 53,3 % (62,5 %).

LAGE

Ausländische extremistische und terroristische Organisationen nutzen Deutschland weiterhin als Rückzugsraum, um Ziele zu verfolgen, die vornehmlich durch Ereignisse in den Heimatländern beeinflusst sind. Vorfälle in den jeweiligen Heimatländern können sich deshalb unmittelbar auch auf die Sicherheitslage in Baden-Württemberg auswirken. Den Schwerpunkt der politisch motivierten Ausländerkriminalität stellt weiterhin die seit 1993 in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte PKK dar.

Eine Streichung der PKK von der EU-Terrorliste wird seit Jahren von PKK-nahestehenden Organisationen, Parteien und Medien propagiert. Im Zuge kurdischer Auseinandersetzungen mit dem IS im Irak und in Syrien, an denen unter anderem PKK-Guerillaeinheiten sowie der PKK nahestehende Einheiten beteiligt sind, wird die Erreichung dieses Ziels europaweit forciert.

Verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK

Die gestiegene Strafverfahrensstatistik aus dem Jahr 2015 in Baden-Württemberg belegt hingegen, dass es im Namen der PKK weiterhin zur überregionalen, wechselseitigen Zusammenarbeit der PKK-

nahen Vereine beziehungsweise ihrer eingesetzten Kader in Deutschland kommt, die in politisch motivierten Straftaten mündet. Eine grundsätzliche Abkehr vom bewaffneten Kampf gegenüber propagierten Feinden der PKK, vornehmlich des türkischen Staates, ist derzeit nicht erkennbar.

Türkisch linksgerichtete Organisationen wie die DHKP-C, MLKP, TKP-ML, MKP sind wie die PKK über örtliche Vereine organisiert. Im Berichtszeitraum sind Aktivitäten dieser Organisationen in Baden-Württemberg kaum feststellbar.



Verbotene PKK-Flagge, LKA BW

PKK – ARBEITERPARTEI KURDISTANS

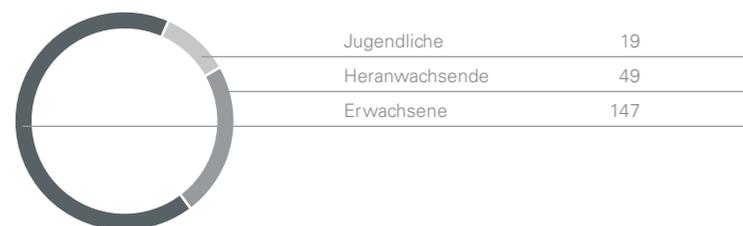
Die Führung der PKK ist nach wie vor in der Lage, ihre Anhängerschaft auch im Ausland zu steuern und zu kontrollieren. Über die kurdische Dachorganisation NAV-DEM e.V.² werden deutschlandweite Aktionen organisiert. Diese Veranstaltungen verlaufen meist friedlich. Trotzdem muss mit gewalttätigen Aktionen, vorrangig kurdischer Jugendlicher und Heranwachsender, gerechnet werden. Lageverschärfend können sich eine Verschlechterung des Gesundheitszustands des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan sowie drastische Veränderungen der Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei, Syrien und dem Irak

auswirken. Ohne tatsächliche Anhaltspunkte zum Gesundheitszustand des PKK-Führers wird dies regelmäßig durch die PKK propagandistisch ausgenutzt. Strukturermittlungen des LKA BW im Jahr 2015 führten zur Identifizierung und Festnahme Gebietsverantwortlicher der PKK in Baden-Württemberg und zur Einleitung von Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts beziehungsweise der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart. Aktuell ermitteln das LKA BW und das Polizeipräsidium Stuttgart wegen Unterstützung und Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129 a, b StGB.

² Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland

03

ALTERSSTRUKTUR TATVERDÄCHTIGE PMK AUSLÄNDER



nen für muslimische Vereinigungen und Organisationen auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene.

Im Jahr 2015 haben die 175 Ansprechpartner auf lokaler Ebene, die meisten bei den Polizeirevieren, ihre Kontakte zu 371 der bekannten 695 muslimischen Vereinigungen in Baden-Württemberg gepflegt beziehungsweise neue geknüpft.

Vereinigungen, die „verfassungsrechtlich unbedenklich“ sind, soll die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Präventionsveranstaltungen und -projekten mit dem Ziel angeboten werden, sie zur Mitarbeit in den Gremien der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) zu motivieren. Dabei sollen sie Kontakt zu anderen Behörden und nichtstaatlichen Organisationen herstellen, um ihre gesellschaftliche Integration zu fördern. Im Jahr 2015 gab es 118 gemeinsame Veranstaltungen und Projekte, 25 muslimische Vereinigungen waren in KKP-Strukturen eingebunden.

Letztlich sollen durch dieses Dialogkonzept Parallelgesellschaften verhindert werden und es soll sich dadurch kein Parallelrecht zur deutschen Gerichtsbarkeit etablieren. Ideologische Haltungen, die eindeutig gegen wesentliche Grundsätze unseres Grundgesetzes verstoßen, dürfen unter Muslimen nicht hoffähig werden.

04

FALLZAHLEN PMK AUSLÄNDER

	2014	2015	in %
Ausländer	216	296	+ 37,0
Islamismus	47	74	+ 57,4
Gewaltdelikte	24	75	+ 212,5

INITIATIVE „POLIZEI UND MUSLIME“ – FÖRDERUNG VERTRAUENSBLDENDER MASSNAHMEN

Seit nunmehr zehn Jahren koordiniert und betreut die Geschäftsstelle „Polizei und Muslime“ bei der Zentralstelle Prävention des LKA BW das „Dialogkonzept mit Muslimen in BW“. Das Dialogkonzept beinhaltet den Aufbau und die Weiterentwicklung einer Organisation von polizeilichen Ansprechpart-

175 Ansprechpartner

Kontakt zu

371

118 gemeinsame Veranstaltungen und Projekte

muslimischen Vereinigungen

PRÄVENTIONSMASSNAHMEN

Das LKA BW sowie die regionalen Polizeipräsidien führten in eigener Zuständigkeit und in Kooperation mit örtlichen und regionalen Netzwerkpartnern im Jahr 2015 188 Präventionsveranstaltungen zu Themenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität mit Schwerpunkt Islamismus und Rechtsextremismus durch. Dabei wurden über 5.000 Personen, vorwiegend Eltern und Schüler, aber auch Lehrer und andere Multiplikatoren, erreicht. Zudem beteiligte sich das LKA BW am Demokratiezentrum Baden-Württemberg und den angeschlossenen Beratungs- und Informationsstellen wie dem Netzwerk „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ und der Fachstelle „Extremismusdistanzierung“. Mit der Landeskoordination BW

des bundesweiten Schülernetzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ besteht ein reger Austausch, der die fachliche Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung von schulischen Präventionsmaßnahmen beinhaltet. Bundesweit sind rund 1.200, in Baden-Württemberg etwa 100 Schulen Mitglied des Netzwerks. Unter dem Titel „Radikalisierungstendenzen junger Menschen in Schulen“ fanden im Jahr 2015 in Karlsruhe und in Mannheim gemeinsame Veranstaltungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe, des örtlichen Polizeipräsidiums und des LKA BW statt. Dabei konnten sich Lehrkräfte über den Islam, über die Gefahren des Islamismus und die Radikalisierungstendenzen junger Menschen in Schulen informieren.

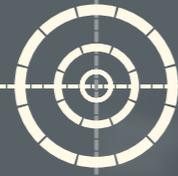
INTERNETAUFTRITT „POLIZEI FÜR DICH: DEINE THEMEN. DEINE SEITE.“

Seit Ende des Jahres 2015 ist „Polizei für dich“, der neue Internetauftritt des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ (ProPK) für Kinder und Jugendliche, online. Die Seite informiert über jugendspezifische Polizeithemen, unter anderem über „Hass-Gewalt-Politik“. Die Zentralstelle Prävention hatte die Federführung in der Bund-Länder-Projektgruppe zur Erstellung der Internetseite inne und wird auch Mitglied des Redaktionsteams bleiben.



Betende in einer Stuttgarter Moschee

LKA BW, Landesprävention



4

PMK RECHTS

Bei der PMK Rechts haben sich die Fallzahlen im Jahr 2015 von 889 auf 1.604 Straftaten nahezu verdoppelt. Bei den rechtsmotivierten Gewaltdelikten ist eine Verdreifachung der Fallzahlen von 24 auf 76 Straftaten festzustellen.

Fallzahlen PMK Rechts von **889** auf **1.604** nahezu verdoppelt, Verdreifachung der Fallzahlen bei rechtsmotivierten Gewaltdelikten

Mehr als 4/5 dieses Deliktsbereiches sind geprägt von 836 Propagandadelikten (§§ 86, 86 a StGB), 393 Volksverhetzungsdelikten (§§ 130, 131 StGB), 112 Beleidigungsdelikten (§§ 185 ff. StGB) sowie 97 Sachbeschädigungsdelikten (§§ 303 ff. StGB). Bei diesen Delikten ist auch der größte Anstieg der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (insgesamt 608 Straftaten).

Bei Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus waren unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. Im Berichtsjahr wurden mit 607 (229) Delikten signifikant mehr fremdenfeindlich motivierte Straftaten (davon 45 Gewaltdelikte) registriert.

Die Zahl der antisemitisch motivierten Delikte ist von 134 auf 106 Straftaten (davon 2 Gewaltdelikte) gesunken. Eine Ursache des Anstiegs der Straftaten im Bereich der PMK Rechts ist in der Asyl- und Flüchtlingsthematik zu suchen. Diese bietet zunehmend Angriffsfläche für rechtsextremistische oder auch fremdenfeindliche Taten. Fremdenfeindliche Straftaten sind nicht zwangsläufig ideologisch bedingt. Sie können durch eigene Motivation, wie die Verhinderung einer Asylunterkunft in unmittelbarer Nachbarschaft, ausgelöst werden. Allein 188 Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation stehen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um Volksverhetzungs-, Sachbeschädigungs-, Beleidigungs- und Propagandadelikte.

607 fremdenfeindlich motivierte Straftaten

Das Internet gewinnt im Bereich Rechts-extremismus immer mehr an Bedeutung. Im Jahr 2015 wurden 399 Straftaten registriert, die im vermeintlichen Schutz der Anonymität im Internet begangen wurden. In der Mehrzahl waren dies Volksverhetzungsdelikte, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Beleidigungen sowie die Öffentliche Aufforderung zu Straftaten. Weitere Einflussgrößen stellen die Straftaten im Zusammenhang mit Demonstrationen dar, die von 12 auf 73 Fälle (davon 17 Gewaltdelikte) angestiegen sind. Aber auch die Straftaten, die sich gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole richteten, nahmen in außergewöhnlichem Maße von 28 auf 161 Fälle zu. Bei den Straftaten gegen die Polizei ist ebenfalls ein Anstieg von 40 auf 86 Fälle zu verzeichnen.

ORGANISATION

Die öffentliche Wahrnehmung wird überwiegend durch fremdenfeindliche Gewaltdelikte, rechte Aufmärsche sowie von aus der Konfrontation mit dem politischen Gegner herrührenden Straftaten geprägt. Die rechte Szene stellt sich organisatorisch und auch ideologisch uneinheitlich dar. Sie hat verschiedene Ausprägungen, die sich äußerlich vom Grad an Zusammenhalt und Struktur, dem Agitationsmuster, aber auch von

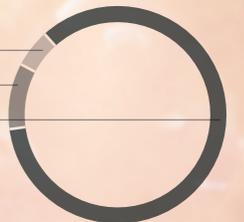
der Personenanzahl her unterscheiden. So reicht die Bandbreite beispielhaft von losen Zusammenschlüssen (etwa Freie Kräfte beziehungsweise Nationalisten) aus dem neonazistischen Spektrum über subkulturell geprägte Rechtsextremisten bis hin zu festgefügtten Kameradschaften. Daneben gibt es Revisionisten, intellektuelle Rechtsextremisten, rechtsorientierte Einzelpersonen, die keiner Partei oder Organisation angehören,

virtuelle Gemeinschaften, aber auch eine rechtspopulistische oder -extremistische Parteienlandschaft. In Baden-Württemberg sind zwölf aktive rechtsgerichtete Gruppierungen bekannt. Neben Kameradschafts- und ähnlichen Treffen und der Berichterstattung hierüber nimmt die Selbstdarstellung im Internet einen breiten Raum ein.

05

ALTERSSTRUKTUR TATVERDÄCHTIGE PMK RECHTS

Erwachsene	35
Heranwachsende	66
Jugendliche	640



06

FALLZAHLEN PMK RECHTS

	2014	2015	in %
Rechts	889	1.604	+ 80,4
Fremdenfeindlichkeit	229	607	+ 165,1
Antisemitismus	134	106	- 20,9
Gewaltdelikte	24	76	+ 216,7

STRAFTATEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ASYLTHEMATIK

Im Zuge der Zuwanderung aus den Krisen- beziehungsweise Kriegsgebieten Syriens und des Irak, aber auch aus anderen Regionen, wie den südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Gebieten, ist Deutschland mit einer hohen Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden konfrontiert. Der Flüchtlingszustrom nach Deutschland ist in seiner gegenwärtigen Ausprägung ein herausragendes Thema. Er bietet auch dem Rechtsextremismus zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Die Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsthematik bringt eine Emotionalisierung der Gesellschaft mit sich und bietet auf Grund des polarisierenden Charakters der Thematik auch ein erhebliches Eskalations- und Konfliktpotenzial. Der Anstieg der Fallzahlen belegt, dass die Flüchtlinge beziehungsweise Asylbewerber und ihre Unterkünfte im Zielspektrum rechter Agitation liegen.

Das Asylthema und damit verbundene Ereignisse stehen generell im Fokus des öffentlichen Interesses, aber auch der politischen und medialen Befassung, insbesondere wenn es um Straftaten, Demonstrationen oder die Errichtung weiterer Asylbewerberunterkünfte geht. Es gibt verstärkte Anstrengungen der rechten Szene, den Themenkreis Asyl für eigene Interessen zu instrumentalisieren. Dies erfolgt zunehmend auch im Internet. Im Jahr 2015 ereigneten sich in Baden-Württemberg 70 politisch motivierte Straftaten, die sich gegen Asylunterkünfte oder darin befindliche Personen richteten.

70 Politisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte

Hiervon wurden in neun Fällen Gewalttaten (sieben Brand- und zwei Körperverletzungsdelikte) registriert. Neben den klassischen rechtsextremen Tätern kommen gerade bei Angriffen auf Asylunterkünfte auch Personen mit latent vorhandener Fremdenfeindlichkeit im Zusammenhang mit finanziellen oder sonstigen wirtschaftlichen oder sozialen Interessenlagen in Frage.

Bei den übrigen Straftaten handelt es sich hauptsächlich um Beleidigungs-, Volksverhetzungs- und Propagandadelikte.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr 12 politisch motivierte Straftaten (davon 7 Gewaltdelikte) registriert, bei denen das Opfer beziehungsweise der Geschädigte einen Aufenthaltsstatus als „Flüchtling/Asylbewerber“ hatte und die Tat nicht im Zusammenhang mit einem Angriff auf eine Asylunterkunft stand.

Besonderes Medieninteresse entfalten Brände von Asylunterkünften, wie etwa die Brandstiftung an einer Sporthalle im September 2015 in Wertheim im Main-Tauber-Kreis, die für die Unterbringung von etwa 330 Flüchtlingen vorgesehen war. Der Sachschaden beläuft sich auf circa 800.000 Euro. Das Polizeipräsidium Heilbronn richtete die Ermittlungsgruppe „Halle“ zur Aufklärung der Tat ein. Es konnten mehrere Heranwachsende aus Wertheim als Tatverdächtige mit Migrationshintergrund ermittelt werden.

BIG REX

Die BIG Rex (Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus des LKA BW) ist zentraler Baustein des landesweiten Programms „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“.

Seit Beginn des Programms im Jahr 2001 setzt sich die BIG Rex erfolgreich für die Gewinnung und Betreuung von Aussteigern aus der rechtsextremistischen Szene ein. Seitdem wurden rund 2.600 Personen mindestens einmal von der Polizei auf einen möglichen Ausstieg angesprochen und auf das professionelle Beratungs- und Unterstützungsangebot der BIG Rex hingewiesen.

Aus der rechten Szene sind mit Hilfe der regionalen Polizeipräsidien bislang 556 Personen, davon 177 Personen mit Unterstützung der BIG Rex, ausgestiegen. Darüber hinaus wurden seit Programmbeginn im Rahmen von 62 gemeinsam mit den Polizeipräsidien durchgeführten Konzeptionseinsätzen insgesamt 1.633 Personen (2015: 6 Einsätze/144 Personen) zur „Förderung der Ausstiegsmotivation“ angesprochen.

Mit Gründung des KPEBW im Jahr 2015 soll im Laufe des kommenden Jahres die Arbeit der BIG Rex in neuer Form fortgeführt werden. Das LKA BW übernimmt weiterhin die zentrale Auswertung der „rechten“ Kriminalität, unter anderem mit dem Ziel der Brennpunktfeststellung und gegebenenfalls Anregung konzeptioneller Maßnahmen.

2.600 Personen angesprochen
556 Personen seit 2001 ausgestiegen,



Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus



 **KPEBW**

Das Aufgabenspektrum des „Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ (KPEBW) wird erweitert. Zukünftig gehört auch die Prävention gegen Rechtsextremismus zu den Aufgaben. „Deutschlandweit kam es zu politisch motivierten Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte – auch mit rechtsextremem Hintergrund. Das wollen wir in Baden-Württemberg nicht hinnehmen“, sagte Innenminister

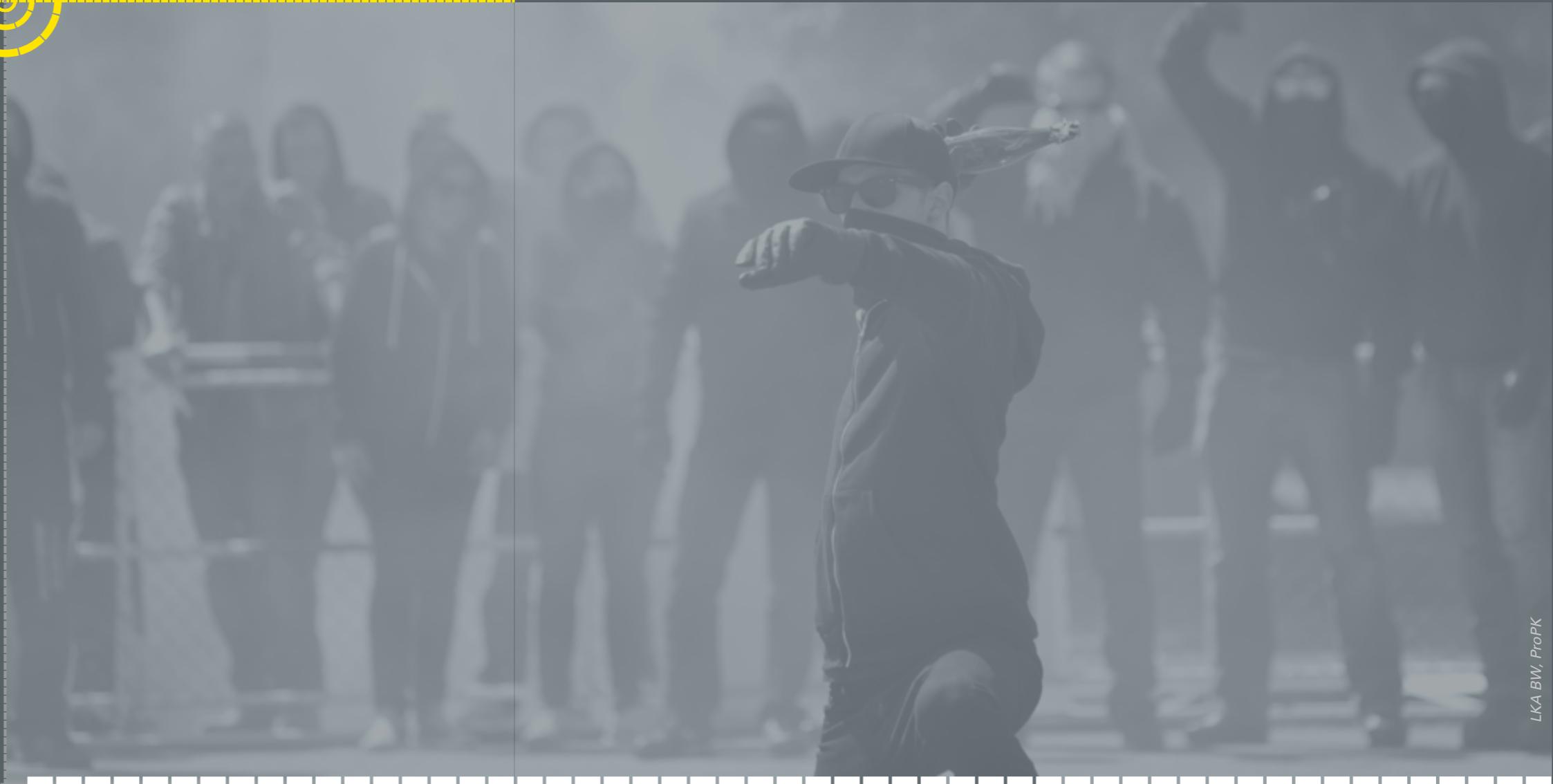
schließlich der Beratung und Betreuung radikalisierter Personen. Zukünftig sollen diese Aufgaben um die Prävention gegen Rechtsextremismus erweitert werden. Für den Betrieb der zentralen Beratungsstelle konnte der anerkannte und erfahrene Verein „Violence Prevention Network e.V.“ (VPN) gewonnen werden. Bereits die ersten Erfahrungen zeigten, dass das KPEBW optimale Voraussetzungen biete, um auch im Bereich des Rechtsextremismus die bestehenden

„Neben einer konsequenten Strafverfolgung ist es wichtig, rechtsextremistischen Einstellungen präventiv entgegenzutreten. Das Innenministerium wird daher die Aufgaben des KPEBW erweitern“, betonte Gall.

Reinhold Gall am 17. Februar 2016 in Stuttgart. Die Bereitschaft, aus fremdenfeindlichen Motiven Gewalt anzuwenden, sei besorgniserregend. Die Gesellschaft dürfe nicht zulassen, dass Sorgen, Ängste und Befürchtungen der Menschen im Kontext der steigenden Flüchtlingszahlen durch Rechtsextremisten instrumentalisiert werden. Das KPEBW steuere und koordiniere seit letztem Jahr landesweit die Maßnahmen der Prävention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen durch den islamistischen Extremismus, ein-

vielfältigen Maßnahmen zu bündeln und zu koordinieren. Im Ergebnis könnte durch die Steuerung der Prävention und Intervention durch das KPEBW eine effiziente Erledigung der Aufgaben erreicht werden. Deshalb werde die Beratung von Ausstiegswilligen aus der rechten Szene und deren Umfeld zeitnah ebenfalls einem externen Partner übertragen. Dies setze die bewährte Arbeit der erfolgreichen „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex)“ des LKA BW nahtlos fort.

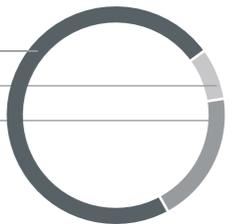
*Pressemitteilung des Innenministeriums
Baden-Württemberg*



5

ALTERSSTRUKTUR TATVERDÄCHTIGE PMK LINKS

Erwachsene	271
Heranwachsende	73
Jugendliche	29



FALLZAHLEN PMK LINKS

	2014	2015	in %
Links	593	660	+ 11,3
Gewaltdelikte	89	156	+ 75,3

PMK LINKS

Im Bereich PMK Links stiegen die Fallzahlen im Jahr 2015 von 593 auf 660 Straftaten. Bei den linksmotivierten Gewaltdelikten ist ein deutlicher

Anstieg der Gewaltdelikte von 89 auf 156, mehr als die Hälfte ereignete sich bei Demonstrationen.

Anstieg von 89 auf 156 Straftaten zu verzeichnen. Der Deliktsbereich ist geprägt von 256 Sachbeschädigungsdelikten (§§ 303 ff. StGB), 107 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, 106 Körperverletzungsdelikten (§§ 223 ff. StGB) und 85 Beleidigungsdelikten (§§ 185 ff. StGB).

Die Asylthematik hat innerhalb der linken Szene erheblich an Bedeutung gewonnen. Wesentlicher Aspekt ist dabei, sich mit den betroffenen Asylbewerbern und Flüchtlingen solidarisch zu zeigen. Dabei erfolgt mit eigenen Intentionen und Themenbereichen eine inhaltliche Verknüpfung mit der Zielrichtung, eine breite zivilgesellschaftliche Basis zu erreichen. Insbesondere die Zunahme von fremdenfeindlichem Populismus führt zu Gegenaktionen der linken Szene beziehungsweise zu gewaltsamen Auseinandersetzungen – vor allem bei Demonstrationen der rechten Szene. Mehr als die Hälfte der Straftaten (358 Fälle) ereigneten sich bei Demonstrationen. Es waren dabei 143 Gewaltdelikte, hauptsächlich Körperverletzungsdelikte und Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte zu verzeichnen.

In 103 Fällen waren eingesetzte Polizeibeamte das Angriffsziel der Demonstranten. Im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen durch die linke Szene bei Veranstaltungen der islamkritischen Bewegung PEGIDA wurden 156 Straftaten, davon 68 Gewaltdelikte, im Bereich der PMK Links registriert. Weitere 39 Straftaten, davon 17 Gewaltdelikte, fanden bei Gegendemonstrationen bei Veranstaltungen der Parteien NPD und AfD statt. Die Aufklärungsquote im Bereich PMK Links beträgt 37,1% (28,0%), bei den Gewaltdelikten 60,3% (66,3%).

ORGANISATION

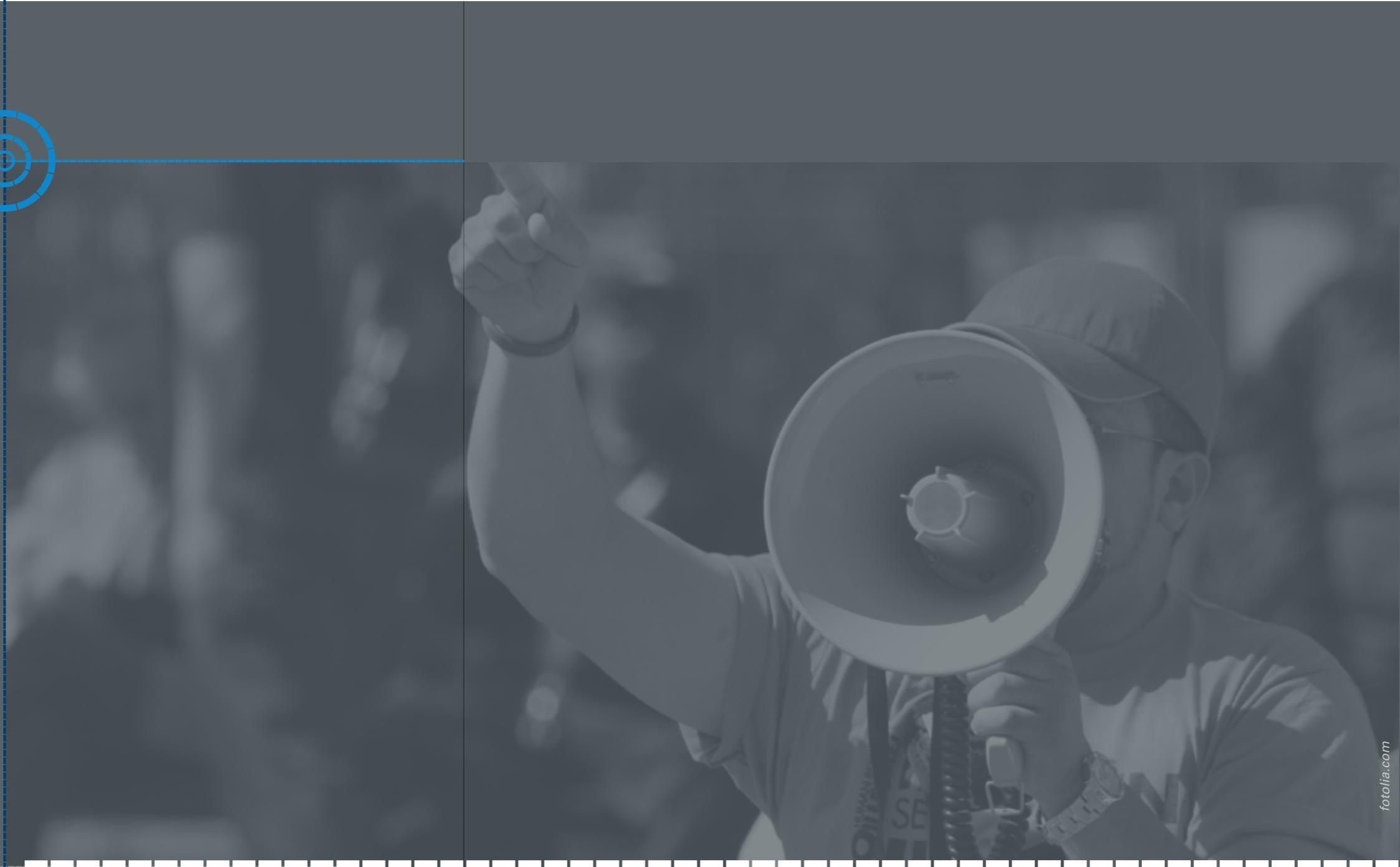
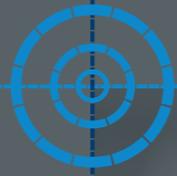
Die linke Szene besteht im Wesentlichen aus einer breiten, nicht gewaltbereiten Basis. Der geringe Anteil gewaltbereiter linksextremistischer Personen und Gruppierungen wird in der öffentlichen Wahrnehmung durch die autonome Szene geprägt. Bezeichnend ist deren hohe Bereitschaft zur Gewaltanwendung und eine Verweigerungs- und Protesthaltung gegenüber den vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Aktionspalette reicht dabei von offener Agitation bis hin zu konspirativ begangenen, zum Teil auch schweren Gewalttaten. Die linke Szene ist durch eine enge Vernetzung in der Lage, bei überregionaler Mobilisierung schnell zu agieren und zu reagieren – etwa auf tagesaktuelle politische Entscheidungen und Ereignisse – und Feindbilder sowie politisch Verantwortliche auszumachen.



Aufeinandertreffen von Polizei und Demonstranten

LKA BW, ProPK

PMK NICHT ZUZUORDNEN



6

PMK NICHT ZUZUORDNEN

Abnahme der Straftaten von **438** auf **262**

Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität, die keinem PMK-Bereich explizit zugeordnet werden kann, haben die Fallzahlen im Jahr 2015 von 438 auf 262 Straftaten abgenommen. Ebenso gingen im Berichtsjahr die Gewaltdelikte von 19 auf 11 Straftaten zurück.

Dieser Deliktsbereich ist geprägt von 81 Propagandadelikten (§§ 86, 86a StGB), 76 Sachbeschädigungsdelikten (§§ 303 ff. StGB) und 28 Beleidigungsdelikten (§§ 185 ff. StGB).

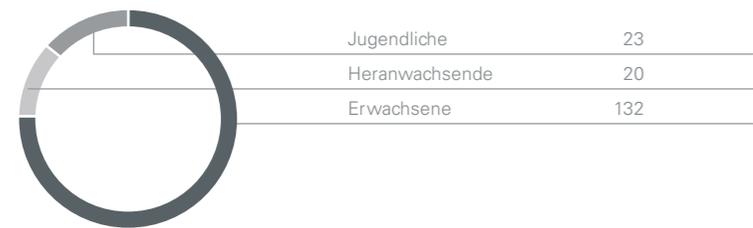
Von diesen Straftaten standen 22 Delikte im Begründungszusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern und 24 Delikte mit dem Bauprojekt Stuttgart 21.

09

Im Jahr 2014 standen alleine 150 Straftaten im Zusammenhang mit den Europa- und Kommunalwahlen. Eine entsprechende Einflussgröße lag im Berichtsjahr nicht vor.

Die Aufklärungsquote im Bereich „PMK Nicht zuzuordnen“ beträgt 50,4% (45,0%), bei den Gewaltdelikten 63,6% (73,7%).

ALTERSSTRUKTUR TATVERDÄCHTIGE PMK NICHT ZUZUORDNEN



10

FALLZAHLEN PMK NICHT ZUZUORDNEN

	2014	2015	in %
Nicht zuzuordnen	438	262	- 40,2
Gewaltdelikte	19	11	- 42,1

ISLAMKRITISCHE BEWEGUNG PEGIDA

37 Kundgebungen

Im Jahr 2015 fanden in Baden-Württemberg 37 Kundgebungen der islamkritischen Bewegung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) beziehungsweise entsprechender Nachfolgeorganisationen statt.

Veranstaltungsortlichkeiten waren Karlsruhe (22), Villingen-Schwenningen (10), Weil am Rhein beziehungsweise Kandern (4) und Stuttgart (1).

Die Teilnehmerzahlen der PEGIDA-Anhänger bewegten sich hierbei meist zwischen 100 und 200 Personen. Bei den korrespondierenden Gegenveranstaltungen (51) wurden Teilnehmerzahlen von 200 bis 800 Personen erreicht. Im Rahmen dieser

Kundgebungen haben Personen des linksgerichteten Spektrums wiederholt versucht, die PEGIDA-Kundgebungen zu stören und zu blockieren. Hierbei kam es regelmäßig zu Konfrontationen mit den eingesetzten Polizeibeamten, welche entsprechende Übergriffe nur durch den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock verhindern konnten. Insgesamt ist ein rückläufiger Trend der PEGIDA-Bewegung festzustellen. Das anfänglich dominierende bürgerliche Lager wird zunehmend kleiner. Zu beobachten ist das vermehrte Auftreten von Personen der rechten sowie der Hooliganszene, von denen sich die PEGIDA anfangs klar distanzierte.

Soziale Ängste

Demonstrationen

Gegen Islamisierung des Abendlandes

Asylrechtsverschärfung

Patriotismus

BAUPROJEKT STUTTGART 21

Die Protestbewegung gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 wird weiterhin vom bürgerlichen Spektrum getragen. Nach wie vor ist ein direkter Zusammenschluss der extremistischen Szene mit der bürgerlichen Protestbewegung nicht erfolgt. Extremisten sind weder richtungsgebend noch in irgendeiner herausragenden Weise an Aktionen der S 21-Gegner beteiligt.

Die montäglichen Versammlungen hatten mit rund 700 Teilnehmern im Schnitt deutlich weniger Besucher als noch im Vorjahr, als die durchschnittliche Teilnehmerzahl noch bei über 1.000 Personen lag. Am 18. November 2015 entschied das Verwaltungsgericht Stuttgart, dass der Polizeieinsatz gegen Demonstranten am 30. September 2010 im Schlossgarten, dem sogenannten Schwarzen Donnerstag, mit über 100 Verletzten unrechtmäßig war.

Die am 3. Dezember 2015 unter Gegenprotesten stattgefundenen Fällung einer Trauerweide in Stuttgart-Feuerbach zeigte, dass auch zukünftig immer wieder mit Blockade- und Besetzungsaktionen zu rechnen sein wird, wenn Objekte mit möglichem Symbolwert von Baumaßnahmen betroffen sind.

Die 300. Jubiläumsversammlung am 7. Dezember 2015 wies mit 2.800 Teilnehmern deutlich weniger Besucher auf als eine Vergleichsveranstaltung im Jahr zuvor.

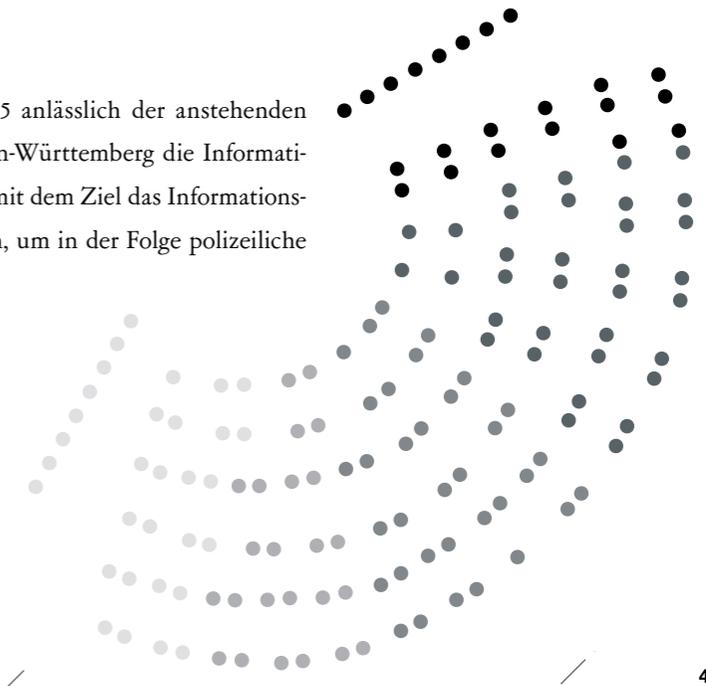


PP Stuttgart

Demonstration S 21

LANDTAGSWAHL 2016

Das LKA BW richtete im Oktober 2015 anlässlich der anstehenden Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg die Informationssammelstelle Landtagswahl 2016 ein, mit dem Ziel das Informationsaufkommen zu bündeln und zu bewerten, um in der Folge polizeiliche Maßnahmen zu initiieren.



FALLZAHLEN IM ZEHNJAHRESVERGLEICH



7

FALLZAHLEN IM ZEHNJAHRESVERGLEICH

11

ZEHNJAHRESVERGLEICH FALLZAHLEN PMK

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Fallzahlen PMK	2.293	1.773	1.919	2.596	2.333	2.580	2.105	2.061	2.136	2.822
Ausländer	59	135	228	193	212	198	166	87	216	296
Islamismus	15	16	17	20	12	17	13	20	47	74
Rechts	1.351	1.089	1.220	1.269	926	1.002	1.112	925	889	1.604
Fremdenfeindlichkeit	297	258	238	214	176	255	254	222	229	607
Antisemitismus	138	136	127	152	106	129	91	74	134	106
Links	685	380	364	940	597	610	449	569	593	660
Nicht zuzuordnen	198	169	107	194	598	770	378	480	438	262
davon geklärt	1.071	679	634	808	832	1.019	876	792	766	1.179
Aufklärungsquote in %	46,7	38,3	33,0	31,1	35,7	39,5	41,6	38,4	35,9	41,8

12

ZEHNJAHRESVERGLEICH GEWALTDELIKTE PMK

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Fallzahlen PMK	219	148	133	175	312	235	193	212	156	318
Ausländer	11	16	42	29	51	42	32	11	24	75
Rechts	101	79	56	48	40	35	40	37	24	76
Links	100	52	31	96	82	91	66	138	89	156
Nicht zuzuordnen	7	1	4	2	139	67	55	26	19	11
davon geklärt	171	109	93	121	184	152	144	139	104	195
Aufklärungsquote in %	78,1	73,6	69,9	69,1	59,0	64,7	74,6	65,6	66,7	61,3

Jahresbericht 2015

Politisch motivierte Kriminalität

Herausgeber

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Telefon 0711 5401-0

Fax 0711 5401-3355

E-Mail stuttgart.lka@polizei.bwl.de

Internet www.lka-bw.de

Ansprechpartner für Fachfragen

Abteilung 6

Name Hans Matheis

Telefon 0711 5401-2600

Fax 0711 5401-2605

E-Mail stuttgart.lka.abt6@polizei.bwl.de

Name Markus Menter

Telefon 0711 5401-1692

Fax 0711 5401-2605

E-Mail stuttgart.lka.abt6@polizei.bwl.de

Projektleitung

Klaus Ziwey, Vizepräsident

Projektkoordination

Axel Mögelin, Natalie Meidl,

Stabsbereich Grundsatz, Gremien,

Geheimschutz

Inhalt

Hans Matheis, Markus Menter,

Staatsschutz, Abteilung 6

Konzept und Gestaltung

Liane Köhnlein

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit

Druck

e.kurz + co Druck und Medientechnik GmbH,

Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung von Text
und Bildern sowie Verbreitung über elektronische
Medien, auch auszugsweise, nur mit
ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

© LKA BW, 2016



50 AUSGEREISTE PERSONEN



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT